



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 20, No. 6/2005

**abgeschlossen am
28. Juni 2005**

	<u>Seite</u>
1. Wachsende Kritik an Gefangenenlager Guantanamo Bay	1
2. Repräsentantenhaus für Einschränkung des <i>Patriot Act</i>	2
3. Zeitplan für den Abzug der US-Truppen aus dem Irak verlangt	3
4. Senat gegen Energieversorgungsgesetz mit Klimaschutzauflagen	4
5. Republikaner im Congress schlagen Minimalschritte zur Rentenreform vor	6
6. Repräsentantenhaus verlangt Reform der Vereinten Nationen	7
7. Demokraten blockieren erneut Bestätigung von John Bolton	7
8. Präsident Bush zunehmend in der Defensive	8

6/2005

1. Wachsende Kritik an Gefangenenlager Guantanamo Bay

Im Congress stößt die Unterhaltung des Gefangenenlagers Guantanamo Bay auf Kuba, das von der Bush-Administration nach dem 11. September 2001 eingerichtet wurde, auf zunehmende Kritik. So forderten die Republikaner Mel Martinez (Fla.) im Senat und Walter Jones (N.C.) im Repräsentantenhaus Mitte Juni 2005 die Schließung des Gefangenenlagers, nachdem Berichte über Misshandlungen von Gefangenen in Guantanamo Bay zu weltweiter Kritik an den USA geführt hatten.

Zweifel an der Inhaftierungspraxis in Guantanamo Bay äußerte zwischenzeitlich auch Arlen Specter (R-Penn.), der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Senat, der im Rahmen von Anhörungen vor dem *Judiciary Committee* verlangte, dass der Congress sich des Problems annimmt.

Unterstützung erhielt Specter von Patrick J. Leahy (Vt.), dem führenden Demokraten im *Senate Judiciary Committee*. Kurz zuvor hatte Carl Levin (Mich.), der führende Demokrat im Streitkräfteausschuss des Senats, die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission zu Guantanamo Bay verlangt, eine Position, die auch von Curt Weldon (Penn.), einem republikanischen Mitglied des Streitkräfteausschusses im Repräsentantenhaus, geteilt wird.

Dagegen beeilte sich Duncan Hunter (R-Cal.), der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Repräsentantenhaus, die zunehmend kritischen Stimmen im Congress und in der amerikanischen Öffentlichkeit zu zerstreuen. Hunter verwies darauf, dass in Guantanamo niemand ums Leben gekommen ist und von einem „gulag-like treatment“ keine Rede sein könnte. Er nahm damit indirekt Bezug auf die Menschenrechtsorganisation *Amnesty International*, die die Haftbedingungen im US-Militärcamp auf Kuba kürzlich sehr scharf verurteilt hatte.

In Guantanamo Bay werden nach inoffiziellen Schätzungen mehr als 500 Personen festgehalten und vom US-Militär verhört. Die Administration wirft ihnen die Unterstützung des internationalen Terrorismus vor, ohne ihnen jedoch einen Kriegsgefangenenstatus zubilligen zu wollen. Kriegsgefangene können nach dem Genfer Abkommen von 1949 Gefangenenrechte für sich geltend machen und haben Anspruch darauf „jederzeit mit Menschlichkeit behandelt (zu) werden.“

Die Bush-Administration hat eine unabhängige Überprüfung der Haftbedingungen in Guantanamo Bay bisher kategorisch abgelehnt. Während Präsident Bush zwischenzeitlich andeutete, dass die Administration über Alternativen zu Guantanamo nachdenkt, hat Verteidigungsminister Rumsfeld unterstrichen, dass er keinen Handlungsbedarf sieht. „Ich kenne niemanden in der amerikanischen Regierung“, so der Minister, „der über eine Schließung Guantanos nachdenkt.“ Für Duncan Hunter sind diese widersprüchlichen Einschätzungen Ausweis für die Uneinigkeit innerhalb der Administration, auf die der innenpolitische Druck wächst (vgl. auch Punkt 8).

So forderte die *New York Times* die Administration im Juni 2005 auf, das Gefängnis in Guantanamo zu schließen und den dort Inhaftierten einen Kriegsgefangenenstatus nach Genfer Konvention einzuräumen. Zwischenzeitlich mehren sich in der amerikanischen Presse auch Berichte, nach denen sich US-Militärärzte im Rahmen der Verhörpraktiken in Guantanamo Bay der Verletzung ethischer Verhaltensregeln schuldig gemacht haben könnten.

Massive Kritik kommt auch von den Vereinten Nationen, die Zugang zu Guantanamo Bay verlangen, um „ernsthafte Anschuldigungen“ überprüfen zu können, die auf Menschenrechtsverletzungen hindeuten.

2. Repräsentantenhaus für Einschränkung des *Patriot Act*

Das Repräsentantenhaus hat am 15. Juni 2005 einen Zusatzantrag zu einem Ausgabenbewilligungsgesetz angenommen, der es den Ermittlungsbehörden untersagt, geheime Nachforschungen ohne Genehmigung einer Grand Jury anzustellen.

Für die Annahme des Zusatzantrags stimmten 238 Abgeordnete, darunter 38 Republikaner, dagegen sprachen sich 187 Abgeordnete aus. Noch im Vorjahr war der von dem parteilosen Abgeordneten Bernie Sanders (Vt.) eingebrachte Zusatz am Widerstand der republikanischen Mehrheit gescheitert (vgl. CR 7-8/2004, S. 5).

Die Entscheidung zielt auf eine umstrittene Bestimmung des 2001 verabschiedeten Gesetzes zur Terrorismusbekämpfung (*Patriot Act*), die es den Ermittlungsbehörden erlaubt, Geschäftsunterlagen einzusehen, ohne dass die betroffenen Personen darüber informiert werden. Die Autorisierung solcher „*sneak-and-peak searches*“ erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen des *Foreign Intelligence Surveillance Act* von 1978 (*Public Law 95-511*).

Wichtige Teilbestimmungen des *Patriot Act* laufen zum Ende des Jahres 2005 aus. Präsident Bush und Justizminister Alberto Gonzales haben sich wiederholt für eine Fortschreibung der erweiterten Ermittlungskompetenzen ausgesprochen, die sie für die Terrorismusbekämpfung für unverzichtbar halten (vgl. CR 2/2005, S. 9).

Bürgerrechtsvertreter aus dem linken wie dem rechten Spektrum haben dagegen eine Reihe von Sonderbefugnissen scharf kritisiert und ihre Abschaffung gefordert. Ein besonders kontrovers diskutiertes Beispiel für die geheimen Ermittlungen ist der Zugriff des FBI auf die Ausleihunterlagen von öffentlichen Bibliotheken oder auf die Verkaufsbelege von Buchhandlungen.

Ob eine Einschränkung der Kompetenzen der Ermittlungsbehörden gegenwärtig durchsetzbar ist, ist noch offen. Das Senate Intelligence Committee hat nach Anhörungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit bereits Anfang Juni 2005 mit großer Mehrheit nicht nur eine Festschreibung der auslaufenden Bestimmungen empfohlen, sondern

darüber hinaus zusätzliche Kompetenzen für die Ermittlungsbehörden favorisiert (vgl. CR 5/2005, S.8).

Vor einer Debatte im Plenum des Senats muss jedoch noch der Justizausschuss sein Votum abgeben, in dem mit härteren Auseinandersetzungen zu rechnen ist.

Die Beratungen könnten für Befürworter wie Gegner der Einschränkungen unkalkulierbar werden, wenn die Kompromissaushandlung in den Sog parteipolitischer Konflikte gerät, wie sie in der ersten Juni-Hälfte in den Anhörungen des Justizausschusses des Repräsentantenhauses deutlich wurden.

So verließ F. James Sensenbrenner (R.-Wis.), der Vorsitzende des *House Judiciary Committee*, vorzeitig die Anhörung, nachdem von den Demokraten geladene Zeugen harsche Kritik an der Behandlung von Gefangenen durch die Administration vor allem in Guantanamo Bay (Kuba) geäußert hatten (vgl. auch Punkt 1).

Ein Versuch der Opposition, gegen Sensenbrenner eine parlamentarische Rüge zu erwirken, scheiterte anschließend mit 191 gegen 222 Stimmen im Plenum.

Selbst wenn sich eine parteipolitische Zuspitzung in den weiteren Beratungen vermeiden ließe, sind die Konturen eines möglichen Kompromisses bisher noch nicht erkennbar. Die sichtliche Ambivalenz der Wähler in Fragen der Ermittlungsrechte von Polizei und Geheimdiensten in der Terrorbekämpfung verstärkt die Unwägbarkeiten in der Koalitionsbildung zusätzlich.

Die Öffentlichkeit unterstützt zwar generell die Fortschreibung des *Patriot Act* mit deutlichen Mehrheiten. Allerdings werden Bestimmungen, die tief in die persönlichen Rechte einzelner Bürger eingreifen, zumeist mit ebenso großer Mehrheit abgelehnt.

3. Zeitplan für den Abzug der US-Truppen aus dem Irak verlangt

Im Repräsentantenhaus hat eine überparteiliche Gruppe von Abgeordneten unter der Führung von Neil Abercrombie (D-Hawaii) und Walter Jones (R-North Carolina) am 16. Juni 2005 eine Resolution eingebracht (House Joint Resolution 55), die den Präsidenten der Vereinigten Staaten darauf verpflichten würde, einen Plan zum Abzug der US-Truppen aus dem Irak zu entwickeln und durchzusetzen.

Die Resolution („Withdrawal of United States Armed Forces From Iraq Resolution 2005“), die mittlerweile 18 *Cosponsors* hat, stellt im Einzelnen u.a. fest, dass

- seit Beginn der Kriegshandlungen gegen den Irak am 19. März 2003 mehr als 1.700 US-Soldaten im Irak gefallen und mehr als 12.000 Soldaten verwundet worden sind;

- vom Congress zwischenzeitlich mehr als 200 Mrd. USD für die militärischen Operationen und den Wiederaufbau des Irak zur Verfügung gestellt wurden;
- der Congress nach Artikel I, Absatz 8 die volle Verantwortung für die Entsendung US-amerikanischer Truppen in Kriegshandlungen hat.

Außerdem wird der amerikanische Präsident aufgefordert,

- bis zum 31. Dezember 2005 einen Plan zum Rückzug der US-Truppen aus dem Irak vorzulegen und spätestens am 1. Oktober 2006 mit dem tatsächlichen Abzug zu beginnen.

Die nicht bindende Resolution macht deutlich, wie sehr Präsident Bush zwischenzeitlich in die Defensive geraten ist (siehe auch Punkt 8). Jüngsten Meinungsumfragen von *New York Times/CBS News Poll* vom 11.-15. Juni 2005 zufolge ist die Zustimmung der amerikanischen Öffentlichkeit zu seiner Präsidentschaft auf 42 Prozent gesunken. Hinzu kommt, dass sich nur noch 37 Prozent der Befragten mit Bushs Handhabung der Situation im Irak zufrieden zeigen (gegenüber 45 Prozent im Februar 2005).

Freilich scheut die Mehrheit der republikanischen Fraktionsmitglieder derzeit offensichtlich (noch) eine öffentliche Diskussion über eine klar umrissene Rückzugsstrategie aus dem Irak.

Dennoch betonte der Republikaner Howard Coble (N.C.), dass die US-Truppen nicht „auf ewig“ im Irak bleiben könnten, ein Zeitplan für einen Rückzug deshalb unabdingbar sei. Das sieht offensichtlich auch das *International Relations Committee* im Repräsentantenhaus so, das sich mit 32 zu 9 Stimmen dafür ausgesprochen hat, einen Plan zu entwickeln, der auf eine „verminderte Truppenpräsenz“ der USA im Irak abzielt. Für eine solche Vorgehensweise sprachen sich 13 Republikaner im Ausschuss, darunter auch der Ausschussvorsitzende Henry J. Hyde (R-Ill.), aus.

Im Senat hat zwischenzeitlich der Demokrat Russell Feingold (Wis.) ebenfalls einen Resolutionsentwurf eingebracht, der die Administration auffordert, einen Plan zum Rückzug der US-Truppen aus dem Irak zu entwickeln.

4. Senat gegen Energieversorgungsgesetz mit Klimaschutzauflagen

Der Senat hat in einer Abstimmung am 22. Juni 2005 die Aufnahme bindender Obergrenzen für Emissionen von Kohlendioxid, die für den Treibhauseffekt (*global warming*) verantwortlich gemacht werden, in das derzeit anhängige Energieversorgungsgesetz abgelehnt.

60 Senatoren, darunter 10 Demokraten, stimmten gegen die von Joe Lieberman (D-Conn.) und John McCain (R-Ariz.) eingebrachte Vorlage, 38 sprachen sich dafür aus. Wie in früheren Abstimmungen verfehlte der Änderungsantrag damit deutlich eine Mehrheit.

Während Lieberman und McCain auf den wachsenden wissenschaftlichen Konsens über die Ursachen und Gefahren einer globalen Klimaveränderung hinwiesen, hielten die Gegner daran fest, dass die Kosten angesichts bestehender Unsicherheiten zu hoch seien.

Umweltschützer sahen sich allerdings durch eine nicht namentlich durchgeführte Abstimmung ermutigt, die dazu auffordert, Treibhausemissionen in einer wirtschaftsverträglichen, marktgerechten Form zu begrenzen.

Außerdem sprach sich der Senat mit 62 gegen 29 Stimmen für einen von Senator Chuck Hagel (R-Neb.) eingebrachten Zusatzantrag aus, der vorsieht, freiwillige Verringerungen von Treibhausgasemissionen finanziell zu fördern.

Gegenüber der vom Repräsentantenhaus im April 2005 angenommenen Version des seit mehreren Jahren diskutierten Energieversorgungsgesetzes enthält die Vorlage des Senats zudem umfangreiche Fördermittel für alternative Energiequellen und Technologien zur Energieeinsparung.

Die vom Senat in diesem Bereich vorgesehenen Ausgaben von etwa 16 Mrd. USD während eines Zeitraumes von 10 Jahren sind knapp doppelt so hoch wie die vom Repräsentantenhaus hierfür vorgesehenen Finanzmittel und gehen auch über die Vorstellungen der Administration deutlich hinaus. Die Mittel sollen vor allem für Steuer-subsidien in den Bereichen Solar- und Windenergie, Hybridautos sowie für die verstärkte Verwendung von Äthanol als Kraftstoffzusatz eingesetzt werden. Das Repräsentantenhaus favorisiert dagegen die steuerliche Begünstigung neuer Technologien zur Nutzung von Kohle und Nuklearenergie.

Umstrittene Bestimmungen zur Erhöhung der Bundesstandards für den Kraftstoffverbrauch von Personenkraftwagen und die Öffnung der Naturschutzgebiete Alaskas für die Ölexploration, an denen eine Verabschiedung zuvor gescheitert war (vgl. CR 1/2005, S. 3), fehlen in den Vorlagen beider Kammern.

Die vor allem von Demokraten vehement abgelehnte Ölförderung in den Naturschutzgebieten Alaskas könnte jedoch über den Umweg der Haushaltsgesetzgebung ermöglicht werden (vgl. CR 3/2005, S. 3).

Ein verbleibender Streitpunkt ist die Haftungsausnahme für Kraftstoffproduzenten, die durch Zugabe eines Methyläthers (MTBE) verursacht wird (vgl. CR 2/2004, S. 6), was von den Demokraten sowie Senatoren aus Staaten aus dem Nordosten sowie von der Westküste meistens abgelehnt wird.

5. Republikaner im Congress schlagen Minimalschritte zur Rentenreform vor

Angesichts der breiten Opposition unter Demokraten im Congress wie in weiten Teilen der Öffentlichkeit sind die republikanischen Fraktionen im Senat wie im Repräsentantenhaus Mitte Juni 2005 von Präsident Bushs Rentenreformkonzept abgerückt und haben einen minimalistischen Alternativplan vorgelegt.

Kontrovers wird vor allem der Vorschlag des Präsidenten angesehen, der vorsieht im Zuge einer Strukturreform des Rentensystems individuelle Sparkonten (*Personal Retirement Accounts*) einzuführen, in die Teile der Beitragsleistungen eingezahlt und (unter Auflagen) in Kapitalmarktpapiere investiert werden können (vgl. CR 2/2005, S.1).

Ungeachtet einer mehrwöchigen Werbekampagne des Präsidenten (vgl. CR 4/2005, S. 4) hielten nach einer *New York Times/CBS News Poll*, die in der ersten Juni-Hälfte durchgeführt worden ist, nur noch 39 Prozent der Befragten solche Individualkonten für eine „gute Idee“, während 56 Prozent sie als „schlechte Idee“ einschätzten.

Die von den Republikanern Jim DeMint (S.C.) im Senat und Jim McCrery (La.) im Repräsentantenhaus eingebrachte Vorlage sieht vor, den Beitragszahlern zu erlauben, die gegenwärtigen Überschüsse der Rentenversicherung in Individualkonten einzuzahlen und in Bundesschuldverschreibungen anzulegen.

Knapp zwei Prozentpunkte der Beitragsleistungen von 12,4 Prozent des Lohns bzw. Gehalts bis 90.000 USD jährlich fließen derzeit in die Rücklagen des Systems, die ebenfalls in Bundespapieren investiert werden. Nach 2009 soll die Beschränkung auf Bundespapiere entfallen.

Die Demokraten lehnen diesen Vorschlag jedoch ebenso ab wie den Plan Präsident Bushs. Sie weisen darauf hin, dass die Kosten aufgrund der kleiner dimensionierten Konten zwar geringer seien, aber grundsätzlich die langfristige Finanzierung des Systems ebenfalls unterminierten, ohne Einsparungen vorzusehen. Zudem sei der Versuch, Bushs *Personal Retirement Accounts* durch die Hintertür einzuführen, zu offensichtlich.

Dem gegenüber reagierte die Administration in einer ersten Stellungnahme positiv auf die Initiative. Wenngleich sie vorerst an ihrem eigenen Reformplan festhält, begrüßte sie ausdrücklich konstruktive Alternativvorschläge, die die Demokraten bisher vermisen ließen.

Damit zeichnet sich ab, dass die Administration wie die Republikaner im Congress nun auf eine Strategie umschwenken, die ein Abrücken von der ursprünglich anvisierten umfassenden Reform erlaubt. Problematisch scheint allerdings, dass das Ziel einer finanziellen Konsolidierung des Rentensystems nun nicht mehr im Zentrum der Diskussion steht, nachdem monatelang der drohende „Bankrott“ der Versicherung propagiert wurde.

6. Repräsentantenhaus verlangt Reform der Vereinten Nationen

Das Repräsentantenhaus hat am 17. Juni 2005 mit 221:184 Stimmen eine umfassende Reform der Vereinten Nationen (VN) verlangt und eine empfindliche Kürzung der Beitragszahlungen der USA an die Weltorganisation angedroht.

Die Gesetzesvorlage (*United Nations Reform Act of 2005, House Resolution 2745*)

- verlangt von den VN „significant reform measures“ bis zum Jahr 2007/2008 bei Organisationen wie der *Food and Agricultural Organization* (FAO), der *International Atomic Energy Agency* (IAEA), der *International Civil Aviation Organization* (ICAO), dem *International Fund for Agricultural Development* (IFAD) oder der *United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization* (UNESCO) oder der *International Labor Organization* (ILO);
- droht Kürzungen der amerikanischen Beitragszahlungen an die VN von 10 Prozent im Jahr 2007 und 20 Prozent im Jahr 2008 gemessen an den Beitragszahlungen 2004/2005 an, falls die VN die verlangten Reformen bis dahin nicht umgesetzt haben sollten.

Ein Alternativvorschlag von Tom Lantos (D-Cal.), der eine Entscheidung über die Kürzung der amerikanischen Beitragszahlungen an die VN in die Hände des Außenministeriums gelegt und auf verpflichtende Kürzungen verzichtet hätte, wurde mit 190 gegen 216 Stimmen abgelehnt.

Präsident Bush hat sich von der Entscheidung des Repräsentantenhauses und seiner republikanischen Mehrheit scharf distanziert, weil sie die Anstrengungen der USA mit Blick auf eine Reform der Weltorganisation schwächt.

Auch Kofi Annan, der Generalsekretär der VN, hat die Entscheidung als „kontraproduktiv“ bezeichnet und stattdessen auf die bereits laufenden Reformanstrengungen der Weltorganisation verwiesen.

Im Senat ist dem Vernehmen nach keine diesbezügliche Gesetzesvorlage anhängig, so dass der Entscheidung des Repräsentantenhauses vor allem symbolische Bedeutung zukommt.

7. Demokraten blockieren erneut Bestätigung von John Bolton

Im Senat sind die Republikaner ein weiteres Mal damit gescheitert, eine Abstimmung über die Nominierung von John Bolton für das Amt des US-Botschafters bei den Vereinten Nationen zu erzwingen (vgl. CR 5/2005, S. 3).

Ein Versuch, das diesbezügliche *Filibuster* der Demokraten am 20. Juni 2005 zu brechen, scheiterte mit 54:38 Stimmen.

Nach der Geschäftsordnung des Senats bedarf es einer Dreifünftelmehrheit von 60 Stimmen, um die uneingeschränkte Redezeit von Mitgliedern der Kammer mittels eines so genannten *Cloture* zu beenden und damit eine Blockade aufzuheben.

Während Bolton und seinen Unterstützern beim ersten Versuch das *Filibuster* der Demokraten zu brechen vier Stimmen fehlten, waren es dieses Mal schon sechs Stimmen, was deutlich macht, wie stark der Widerstand gegen die Bestätigung des von Bush für den VN-Posten Nominierten unverändert ist.

Die Bush-Administration hat nun angedeutet, dass sie die Blockade eventuell mittels eines *recess appointment* zu brechen gedenkt. Damit würde die Amtszeit Boltons aber auf den Januar 2007, das Ende der Legislaturperiode des 109. Congress, begrenzt.

Das könnte sowohl das politische Gewicht Boltons bei den Vereinten Nationen als auch die Glaubwürdigkeit der Bush-Administration beschädigen, weshalb sich einige einflussreiche Republikaner wie Pat Roberts (Ks.), der Vorsitzende des *Senate Intelligence Committee*, gegen ein *recess appointment* Boltons ausgesprochen haben.

Vielmehr sehen sich viele Mitglieder der republikanischen Fraktion unter Führung von Bill Frist (Tenn.) ein weiteres Mal darin bestätigt, das die *Filibuster*-Regel grundsätzlich abgeschafft gehört (vgl. dazu CR 5/2005, S. 1).

8. Präsident Bush zunehmend in der Defensive

Karl Rove, der wichtigste innenpolitische Berater Präsident Bushs, hat Ende Juni 2005 in einer Rede in New York City die Opposition in ungewöhnlich scharfer Form angegriffen und einen politischen Eklat ausgelöst.

Führende Demokraten um die New Yorker Senatoren Hillary Clinton und Chuck Schumer forderten eine umgehende Entschuldigung Roves oder andernfalls dessen Entlassung aus dem Mitarbeiterstab des Weißen Hauses.

Ungeachtet der breiten Empörung verteidigten der Pressesprecher des Präsidenten, Scott McClellan, und republikanische Mitglieder des Congress demonstrativ die Äußerungen Roves und wiesen Entschuldigungs- und Rücktrittsforderungen als gänzlich unbegründet zurück.

Die geschlossene Rückendeckung für Rove von Seiten der Republikaner deutet an, dass er keineswegs unüberlegt und ohne Abstimmung mit dem Präsidenten und der Führung der Partei gehandelt hat.

Carl Rove, Anfang des Jahres offiziell zum *Deputy Chief of Staff* des Weißen Hauses befördert, ist als der Chefstrategie von Bushs Wahlsiegen 2000 und 2004 unter Republikanern ebenso hoch geschätzt wie unter Demokraten unbeliebt.

In einer Rede am 22. Juni 2005 vor einer Versammlung von New Yorks *Conservative Party* hielt der erfahrene Wahlkämpfer den „liberals“ vor, auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 mit Appellen zur Zurückhaltung und Verständnis für die Täter reagiert zu haben, während sich die „conservatives“ entschlossen für den Kampf gegen den Terror ausgesprochen hätten. Mehr, so Rove nach weiteren Seitenhieben, müsse man nicht über die Geisteshaltung „der Linken“ wissen.

Die republikanischen Verteidiger des Präsidentenberaters bemühten sich herauszustreichen, die Äußerungen hätten sich allein auf Kritiker wie den umstrittenen Filmemacher Michael Moore und Organisationen wie MoveOn.Org bezogen. Der Kontext der Rede (die Wahlerfolge der „conservatives“ gegenüber den „liberals“ in den letzten 25 Jahren) macht jedoch unmissverständlich deutlich, dass Rove die Demokratische Partei ins Visier genommen hat.

Zudem folgt die Attacke der Logik der bereits in den Wahlen von 2002 und 2004 benutzten Argumentation, welche die Stärke und Führungsleistung des Präsidenten in der Sicherheitspolitik gegenüber der angeblich zaghaften und wankelmütigen Opposition herausstreicht (vgl. CR 9/2004, S. 9).

Damit zeichnet sich eine Gegenoffensive der Administration gegen die in den letzten Monaten zunehmend scharfe Kritik der Opposition ab, die sich durch die einbrechenden Zustimmungswerte zu Bushs Amtsführung ermutigt sieht.

Im Juni 2005 haben Meinungsforschungsinstitute einen neuen Tiefpunkt in der öffentlichen Einschätzung der Politik der Administration ausgewiesen. Nur wenige Monate nach dem triumphalen Wahlsieg des Präsidenten wie der Partei im Senat und im Repräsentantenhaus (vgl. CR 1/2005, S.4, 8 u. 9) legt die Diskussion um eine lame duck presidency in der zweiten Amtsperiode einen überraschenden Einflussverlust des Präsidenten gegenüber der Öffentlichkeit, dem Congress sowie der eigenen Partei nahe.

Die generelle Zustimmung für die Amtsführung Bushs reflektiert mit Werten deutlich unter 50 Prozent außen- wie innenpolitische Besorgnisse der Bevölkerung. Im Vordergrund steht derzeit die unverändert schwierige Situation im besetzten Irak, die die kaum nachvollziehbaren optimistischen Einschätzungen von Regierungsvertretern wie zuletzt von Vizepräsident Dick Cheney zunehmend mit Glaubwürdigkeitsproblemen konfrontiert (vgl. auch Punkt 3).

Eine *Gallup*-Umfrage, die in der zweiten Juni-Hälfte 2005 durchgeführt worden ist, weist insbesondere einen drastischen Einbruch der Zustimmung zum Irak-Krieg wie den Führungsleistungen Bushs in diesem Bereich aus. Nur 39 Prozent der Befragten unterstützten den US-Truppeneinsatz im Irak. Eine Umfrage im März wies immerhin

noch Zustimmungswerte von 47 Prozent aus, die höchsten Quoten wurden mit 70-72 Prozent im direkten Umfeld des Krieges Anfang 2003 ermittelt.

Allerdings kämpft Präsident Bush innenpolitisch in ähnlicher Weise mit einem deutlichen Einbruch des Vertrauens in seine Führungsleistungen. Dies gilt nicht nur für generelle Einschätzungen der Entwicklungstrends in den USA, die mit 60 Prozent Unzufriedenen an die alten Höchststände der ersten Amtsperiode Bushs anknüpfen, sondern auch für die Leistungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Vor allem das größte Reformprojekt der Bush-Administration, die Sicherung der finanziellen Zukunft des Rentensystems und die Einführung individueller Rentensparkonten leidet unter progressivem Zustimmungsschwund (siehe Punkt 5).

Einen gewissen Rückhalt bietet Bush dagegen weiterhin die mehrheitliche Zustimmung im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Mit 61 Prozent Zustimmung in der Juni-Umfrage von *Gallup* erzielt der Präsident in diesem Bereich seine besten Noten, obwohl frühere Zustimmungswerte noch deutlich höher ausgefallen waren.

Vor diesem Hintergrund ist die Verschärfung des Tonfalls von Seiten der Administration jedoch kaum geeignet, die Zustimmungsbasis des Präsidenten nachhaltig zu verbreitern. Die Anhänger der jeweiligen Gegenpartei ebenso wie unabhängige Wähler reagieren in der Regel wenig positiv auf Negativkampagnen.

Wahrscheinlicher ist, dass die Republikaner auch mit Blick auf die Congress-Wahlen 2006 die Unterstützung ihrer Parteibasis stabilisieren wollen. Dies kann zugleich helfen, die wachsende Kritik an der Politik des Präsidenten aus den eigenen Reihen im Zaum zu halten (siehe Punkt 1 und 3).

Angesichts des Beharrens auf dem eingeschlagenen politischen Kurs benötigt der Präsident für eine Umkehr des Trends eine längere Serie positiver Nachrichten, die bisher nicht abzusehen ist.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern